



15.075

Bundesgesetz über Tabakprodukte**Loi sur les produits du tabac***Schlussabstimmung – Vote final*

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.06.16 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 14.06.16 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.12.16 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 26.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.12.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 14.06.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.09.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.09.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 22.09.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 01.10.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 01.10.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Herr de Courten möchte für die SVP-Fraktion eine Erklärung abgeben.

de Courten Thomas (V, BL): Ich danke für die Gelegenheit, kurz das Abstimmungsverhalten der SVP-Fraktion zu diesem Geschäft zu erläutern.

Dieses Tabakproduktegesetz ist wahrlich alles andere als überzeugend, wie unter anderem die "NZZ" unsere Parlamentsarbeit treffend kommentiert hat. Wir schränken die Wirtschaftsfreiheit nochmals und massiv ein, stärker als bisher schon. Wir verbinden damit die Hoffnung – mehr ist es nicht –, dem Jugendschutz zu dienen. Jegliche Art von Tabakwerbung wird aus dem öffentlichen Raum verbannt, in der Hoffnung, Kinder und Jugendliche zu schützen. Werbung im Kino wird verboten, in der Hoffnung, Kinder und Jugendliche zu schützen. Werbung an Sportveranstaltungen wird verboten, in der Hoffnung, Kinder und Jugendliche zu schützen. Im Printbereich und im Internet wird die Werbung weiter eingeschränkt, und die Kantone können noch weiter gehende Einschränkungen verfügen, in der Hoffnung, Kinder und Jugendliche besser zu schützen, und auch in der Hoffnung, die durch den Tabakkonsum bedingten Gesundheitskosten zu senken.

Ich prophezeie Ihnen hier und heute, dass der Erfolg dieser staatlichen Eingriffe marginal sein wird. Sie nehmen für einen solchen marginalen Effekt einen massiven Eingriff in die Wirtschafts- und Unternehmensfreiheit in Kauf. Sie nehmen in Kauf, die persönliche Freiheit und Verantwortung unserer Bürgerinnen und Bürger, auch der Erwachsenen, einzuschränken. Schlimmer noch, Sie öffnen damit Tür und Tor für weitere Einschränkungen unter dem Titel des staatlich verordneten und bevormundenden Gesundheitsschutzes: beim Zucker, beim Salz, beim Autokauf, beim Reisen, beim Fleisch – es gibt unzählige Ideen. Sie sprechen den Bürgern dieses Landes mit diesem Tabakproduktegesetz ein weiteres Stück eigenes Urteilsvermögen ab. Dem kann und wird die SVP-Fraktion nicht zustimmen.

All das geht den Initianten der Tabakwerbverbots-Initiative aber noch zu wenig weit. Unter Vorschubung des Jugend- und Kinderschutzes – sie erwähnen ihn sogar im Titel der Initiative – beharren sie auf noch viel radikaleren Forderungen. Das hat missionarische Züge. Den Initianten ist es eigentlich egal, was das Parlament heute beschliesst. Sie lehnen unseren indirekten Gegenvorschlag, den National- und Ständerat nun erarbeitet oder vielmehr errungen haben, weiterhin ab, und zwar kategorisch.

Auch die Ratslinke ist nicht bereit, einen pragmatischen Weg einzuschlagen. Sie bleibt ebenso kategorisch und lehnt das Arbeitsergebnis unserer beiden Räte heute ab. Damit droht wieder ein Absturz und dass all diese Arbeit erneut im Abfallkübel landet. Wir wissen aber, dass der Gesetzes- und Regulierungsauftrag bleibt. Ob die Initiative nun durchkommt oder nicht: Wir brauchen eine gesetzliche Regelung für die

**AB 2021 N 2136 / BO 2021 N 2136**

Tabakprodukte. Es bleibt somit die Frage, ob es noch schlimmer kommt, als es jetzt schon ist, ob wir nochmals bei null beginnen müssen oder ob wir jetzt einmal zu einem Abschluss der Regulierungswut in diesem Bereich kommen. Mir ist bewusst, dass es ein vorläufiger Abschluss sein wird. Unsere Gegenspieler werden weiter eine Schippe drauflegen wollen, und wir werden uns weiter für Freiheit, Mündigkeit und Eigenverantwortung einsetzen.

Die SVP-Fraktion bietet heute aber nicht Hand dazu, um in einer unheiligen Allianz mit der Ratslinken die bisherigen Anstrengungen, einen solchen Abschluss zu erreichen, zunichte zu machen. Wir springen über unseren Schatten: Wir enthalten uns der Stimme und ermöglichen das Zustandekommen eines gutschweizerischen Kompromisses. Wir verbinden damit die Erwartung, dass die Befürworter des Gegenvorschlages im Gegenzug vorläufig auf noch weiter gehende Einschränkungen verzichten, damit wir die Wirkung dieses Gesetzes einmal abwarten können.

Wir hoffen, damit gemeinsam gegen die radikale Werbeverbots-Initiative antreten zu können, und wir bleiben weiter wachsam, dass weiteren wirtschaftsfeindlichen Werbeeingriffen nicht Tür und Tor geöffnet werden.

Wasserfallen Flavia (S, BE): Das flammende Votum meines Vorredners hat mich dazu bewogen, jetzt auch noch nach vorne zu kommen. Ich möchte auch aus Sicht der SP-Fraktion eine ganz kurze Bilanz zu diesem Tabakproduktegesetz abgeben, das ja eine lange Geschichte hat, wie ein Rückblick bis 2015 zeigt.

Es wurden hier verschiedene Anläufe genommen, um eine konforme Regelung zu erreichen. Die Schweiz hat 2004 ein WHO-Abkommen unterzeichnet. Doch auch mit dem vorliegenden Tabakproduktegesetz können wir dieses Abkommen nicht ratifizieren, weil es den Jugendschutz bzw. den Gesundheitsschutz nicht angemessen respektiert. Wir haben ein Gesetz, das nach wie vor Werbung in Printmedien, in Publikationen erlaubt. Vor allem von Gratiszeitungen wissen wir, dass sie überwiegend Jugendliche erreichen, und auch hier können wir den Jugendschutz nicht gewährleisten.

Wir hatten in den Diskussionen zwischenzeitlich eine Version auf dem Tisch, die als Kompromiss sowohl für die Initiantinnen und Initianten als auch für uns annehmbar gewesen wäre. Die Version des Ständerates war für uns eine Möglichkeit, hier ein Tabakproduktegesetz zu erlassen, welches den hohen Kosten, die durch den Tabakkonsum entstehen, hätte entgegenwirken können: Milliarden für die Wirtschaft, Milliarden für das Gesundheitswesen, und wir wissen auch, dass wir jedes Jahr aufgrund des Tabakkonsums 9500 Tabaktote beklagen müssen.

Wir sind deshalb nicht bereit, dieses Tabakproduktegesetz anzunehmen. Wir werden es ablehnen. Wir setzen auf die Initiative "Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung" – kurz "Kinder ohne Tabak" –, welche die richtigen Antworten auf diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe gibt. Wir sind nicht bereit, hier dieses Gesetz zu retten, wenn keines der Ziele, die wir uns gesetzt haben, erreicht wird: die Ziele betreffend Gesundheitsschutz und Jugendschutz und auch das Ziel, die Voraussetzungen für die Ratifizierung des WHO-Abkommens zu erfüllen.

**2. Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten
2. Loi fédérale sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques***Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 15.075/23850)

Für Annahme des Entwurfes ... 89 Stimmen

Dagegen ... 77 Stimmen

(27 Enthaltungen)